

Rotwild in Rheinland-Pfalz

# Wild, Wald und viele Worte



Am Rande des Nürburgringes stellte die AG Rotwild Rheinland-Pfalz am 29. Juni neue Empfehlungen zur landesweiten Bewirtschaftung des Rotwildes vor.

Thore Wolf

Die rheinland-pfälzische Jagd- und Forstpolitik schrieb in jüngster Vergangenheit immer wieder Schlagzeilen. Zum einen die erst kürzlich von Ministerin Margit Conrad (SPD) geforderte intensiverere Rehwildbejagung, zum anderen der fragliche Umgang mit Zukunftshirschen durch die Landesforsten (siehe auch WuH 11/2007, Seite 106).

Jetzt scheint es der Arbeitsgemeinschaft Rotwild, einem Zusammenschluss von Vertretern des Landesjagdverbandes und des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz gelungen zu

sein, die Standpunkte von Forstverwaltung und Jägerschaft an einen Tisch zu bringen. Herausgekommen ist dabei ein gemeinsames Empfehlungspapier zur verantwortungsvollen Bewirtschaftung des Rotwildes im Land.

## Unterstützung von oberster Stelle

Begleitet von einer lebhaften Diskussion fand so die diesjährige Zusammenkunft der AG Rotwild am 29. Juni in Hohenleimbach in der Eifel statt. Der Konflikt zwischen Rotwildbewirtschaftung und forstlicher Zielsetzung im Kesseler Tal war die Bühne zur Präsentation des neuen Empfehlungsschreibens. Lebensraumverbesserung, aus-

gewogene Alters- und Geschlechterstruktur, der körperliche Nachweis erlegten Rotwildes und nicht zuletzt eine Aufwertung der Rotwildhegegemeinschaften sind die Eckpunkte des Konzeptpapiers.

Weiterhin wird die Bestandsanpassung an die jeweilige Lebensraumkapazität festgeschrieben. Neben der Anlage von Wildäsungsflächen soll eine weitere Zerstückelung der Jagdbezirke vermieden und die Rotwildbewirtschaftung in waldbauliche Planungen und Maßnahmen integriert werden. Ebenso ist eine einheitliche Anpassung der Jagdstrategien vorgesehen. So wird ein frühzeitiger Beginn der Abschlus-

erfüllung ebenso empfohlen, wie Kalb und Alttier möglichst als Dublette bereits im August zu erlegen. Störungsarme Strategien wie Intervalljagd sollen den Jagddruck mindern und das Rotwild erst gar nicht zum Schälten benötigen. Um alle diese Maßnahmenvorschläge erfolgreich zu realisieren, sollen die Instrumente der Rotwildhegegemeinschaften und deren Einfluss gestärkt werden. So zum Beispiel die Einbindung der Hegegemeinschaften bei der Erstellung von Abschussplänen.

Landesjagdreferent Rüdiger Kassel kündigte seine Unterstützung für das Empfehlungspapier an. Er sieht darin eine gute Grundlage, gemein-

Foto: MICHAEL BREUER

## Vom Papier ins Revier

Es bleibt zu hoffen, dass das schriftliche Gemeinschaftsprodukt den Weg in die Praxis findet und nicht nur soviel wert ist, wie das Papier, auf dem es niedergeschrieben wurde. Erfahrungsgemäß scheitern solche gutgemeinten Vorhaben meist am Sparkurs der Landespolitik und am mangelnden Interesse einzelner Verantwortlicher. Der LJV Rheinland-Pfalz hat deshalb mit der Verabschiedung der Konzepte noch keinen Grund zum Feiern. Sie sind erst ein kleiner Schritt in eine rotwildfreundlichere Zukunft, bei dem alle Beteiligten zum Kompromiss verpflichtet sind.

Die Äußerungen von Martin Kaiser lassen den aufmerksamen Zuhörer aufwerfen und nähren den Verdacht, dass die Eckpunkte der Empfehlung nicht von allen ernstgenommen werden. Die Bemerkung eines Reviernachbarn, regelmäßig nach den Bewegungsjagden im Staat verwaiste Kälber in seinem Revier auszumachen, sollte an dieser Stelle zu denken geben. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass man der Jägerschaft von Seiten der Landesforsten mal wieder gute Absichten vortäuscht, um einen seit längerer Zeit schwellenden Streit nicht zum Flächenbrand werden zu lassen.

Vor allem für unsere größte heimische Schalenwildart, aber auch für ein besseres Verhältnis zwischen Grün und Grau ist es wichtig, dass die gutgemeinten Ideen eine Umsetzung in den Köpfen und in den Revieren erfahren. Dahingehend müssen sich auch die Einstellungen einiger Landesbediensteter sowohl bei der Jagd auf mittelalte Hirsche als auch im Umgang mit Kahlwild auf Bewegungsjagden ändern. tw

sam den Problemen Kahlwildüberhang, Schälschäden und fehlende körperliche Nachweispflicht erlegten Wildes entgegenzutreten. Es wäre wichtig, all die verfassten Eckpunkte der Empfehlung in Rheinland-Pfalz jagdgesetzlich nachzuschalten, forderte Kassel.

Alle Beteiligten scheinen sich nunmehr einig zu sein, dass die Leitwildart Rotwild ein Bewirtschaftungskonzept verdient, das alle Konfliktparteien in die Pflicht nimmt.

Forstdirektor Martin Kaiser, Leiter des Forstamtes Adenau und Vorsitzender des Rotwildringes Ahrweiler-Mayen, berichtete während der Waldexkursion, bei Drückjagden in seinem Forstamt keine Einschränkungen außer den gesetzlich geforderten in der Freigabe zu machen. Kaiser führte weiterhin an, dass bei derart eng abgestellten Treiben wie in seinem Zuständigkeitsbereich „kein verwaistes Kalb übrig bleibt“. Sollte es dennoch vorkommen, würden diese im Nachgang von „Profis“ erlegt werden.

### Staatsforst im Fokus der Kritik

Heftige Kritik an der Jagd im Staatsforst kam aus eigenen Reihen: Ein Revierbeamter brachte auf den Punkt, dass es nicht sein dürfe, dass im Staatsforst falsche Hirsche erlegt würden und diese dann nicht einmal vorgezeigt werden, mit der Begründung eines fernen Wohnsitzes der Erleger. Ebenso dürfe es nicht zu der Grundhaltung kommen, dass man zu junge Hirsche erlegen lässt, Hauptsache die Jagdbetriebskostenbeiträge können erhoben und bei einem solchen Fehlabschuss auch noch doppelt eingenommen werden. „Der Staat steht in besonderer Ver-

antwortung und habe vorbildlich zu jagen“, führte der Revierförster aus. Hierzu gäbe es auch eine entsprechende Dienstvorschrift.

Forstdirektor Stefan Asam von der Oberen Jagdbehörde an der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt/Weinstraße wehrte sich gegen die an den staatlichen Jagdmethoden häufig geübte Kritik. Er räumte Fehler seitens der Landesforsten ein, bat aber darum, diese

LJV-Vizepräsident Lorenz Steden traf nach seiner Präsentation des Empfehlungsschreibens den Nagel auf den Kopf, als er einräumte, es könne nur theoretische Grundlage sein, entscheidend seien die örtlichen Gegebenheiten.

Die Inhalte des Empfehlungspapiers lassen noch viele Fragen offen. Wie sollen die einzelnen Eckpunkte umgesetzt werden? Wird der körperliche Nachweis erlegten Rotwildes wieder zur



Foto: THORE WOLF

**Forstdirektor Kaiser schätzt den Rotwildbestand auf mindestens zehn Stück pro 100 Hektar und fordert einen „energischen Reduktionsabschuss“ in der staatlichen Regiejagd.**

nicht dafür verantwortlich zu machen, dass es zu wenig alte Hirsche im Land gäbe. Ebenso wehrte er sich gegen den Vorwurf, unprofessionelle Gäste seien bei Verkaufsjagden im Staat überrepräsentiert. Auch die zahlenden Teilnehmer auf Staatsjagden seien ein repräsentativer Schnitt durch die jagende Gesellschaft.

gesetzlichen Pflicht? Sehen sich die Landesforsten tatsächlich als größter Waldeigentümer in besonderer Verantwortung, die Rotwildbewirtschaftung in waldbauliche Maßnahmen zu integrieren und wie sehen diese konkret aus? Das verabschiedete Eckpapier ist unter [www.wildundhund.de/Dossiers](http://www.wildundhund.de/Dossiers) zu sehen. ◆